

## Pressemitteilung

# **Enormer Rückschritt im Kassensystem**

## **Bundesgesundheitsminister Jens Spahn untergräbt die demokratische Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenkassen**

---

Bremen, 05.04.2019: Ob das bereits verabschiedete Terminservice- und Versorgungsgesetz, die geplante Novelle der Regelung zur Organspende oder der Entwurf des Faire-Kassenwahl-Gesetzes (kurz GKV-FKG) – die Reformpläne von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sorgen für kontroverse Diskussionen. Jetzt hat der CDU-Politiker die Selbstverwaltung der Krankenkassen im Visier: Im GKV-FKG will Spahn unter anderem den GKV-Spitzenverband neu strukturieren – mit weitreichenden Folgen für die 72 Millionen Versicherten der 109 gesetzlichen Krankenkassen und ihre Arbeitgeber.

### **„Neuorganisation schmälert Einfluss von Versicherten“**

Im Gegensatz zum Koalitionsvertrag, der die Stärkung der Selbstverwaltung vorsieht, will Spahn das Recht der Versicherten und der Arbeitgeber abschaffen, durch ihre gewählten Vertreter im GKV-Spitzenverband über wichtige Fragen in der Krankenversicherung mitzubestimmen. Stattdessen soll der Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes künftig nur mit hauptamtlichen Vorstandsmitgliedern der Krankenkassen besetzt werden. „Das wäre ein fataler Eingriff in die Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung“, erklärt Roland Schultze, der amtierende Verwaltungsratsvorsitzende der hkk Krankenkasse. „Die Neuorganisation würde den Einfluss der Versicherten deutlich schmälern. Daher rufen wir dazu auf, diesen demokratischen Rückschritt in der gesetzlichen Krankenversicherung zu verhindern.“

### **Erfolg durch Unabhängigkeit**

Die soziale Selbstverwaltung ist seit der Gründung der Bundesrepublik ein zentrales Element der demokratischen und solidarischen Gesundheitsversorgung. Über die Sozialwahlen haben die Beitragszahler(innen) die Möglichkeit, direkt Einfluss auf das Gesundheitssystem zu nehmen und ihre Interessen in gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsfragen, aber auch bei sozialpolitischen Fragestellungen zu platzieren.

„Die ehrenamtlichen Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes agieren fernab von politischen Gemengelagen. Dafür haben sie die langfristigen Bedürfnisse der Versicherten weit stärker im Blick. Die aktuellen Pläne des Bundesgesundheitsministers höhlen aber die gesetzliche Entscheidungsgewalt der Selbstverwaltung deutlich aus. Dies steht im Widerspruch zu den Prinzipien unserer demokratischen Grundordnung“, sagt Roland Schultze.

**Ansprechpartner für die Presse:**

hkk-Gemeinschaft e.V., Pressesprecher Bernd Haar  
c/o Roland Schultze, Vorsitzender  
Mahndorfer Deich 8A, 28307 Bremen  
Tel.: (0421) 48 34 97  
E-Mail: [bernd.haar.hkkg@gmail.com](mailto:bernd.haar.hkkg@gmail.com)  
[www.hkk-gemeinschaft.de](http://www.hkk-gemeinschaft.de)

**Über die hkk-Gemeinschaft e. V.:** Die hkk-Gemeinschaft e.V. vertritt seit über 50 Jahren die Belange aller Versicherten gegenüber der hkk (Handelskrankenkasse) – vom Auszubildenden über Familienangehörige bis hin zu Rentnerinnen und Rentnern. Der Gemeinschaft gehören mehr als 500 Mitglieder an. Ihre bei der Sozialwahl demokratisch gewählten Versichertenvertreter/innen engagieren sich in den unterschiedlichen Gremien des Verwaltungsrates, dem Mitgliederparlament der hkk. Hierzu zählen der Haupt-, der Finanz- und der Satzungsausschuss. In den Widerspruchsausschüssen sorgt die hkk-Gemeinschaft dafür, dass es innerhalb der hkk ein ausgewogenes Verhältnis zwischen finanziellen und gesundheitsfördernden Notwendigkeiten gibt.